



Pressemitteilung

Bündnis zeigt sich besorgt über den alten Politikstil der Mainzer SPD

Mainz / Wiesbaden, 08.12.2009: „Ein ‚Wir haben verstanden‘ sieht anders aus“, so Marc Legg zu einem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Mainzer Stadtrat, Oliver Sucher, an den Vorstand des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region.

„Wenn die Mainzer SPD den Widerstand gegen das Kohlekraftwerk als „eine klare Forderung, die der Komplexität des Gesamtproblems nicht gerecht wird“ wertet und die Position des Bündnisses nicht unterstützenswert findet, kann dies aus unserer Sicht nur als Festhalten am Kohlekraftwerk verstanden werden, dessen Wiederaufleben sich die Mainzer SPD vorbehalten will, wenn beispielsweise die Finanzierung doch zustande kommt.

Wer immer noch nicht erkannt hat, dass der drohende Klimakollaps nur durch globales Denken einerseits und regionales Handeln andererseits umgesetzt werden kann, verfolgt Politikansätze von gestern“, kommentiert Marc Legg das Schreiben der Mainzer SPD.

„Vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Ampelkoalition erfüllt uns das Schreiben der Mainzer SPD mit tiefer Sorge, denn mit keinem Wort wird das Kohlekraftwerk erwähnt. Insbesondere fehlt ein klares Bekenntnis zum Ausstieg aus dem Projekt. Es ist zwar schön, dass Herr Sucher den Ausstieg aus der Atomenergie gut findet, er sollte aber als Kommunalpolitiker auch Verantwortung vor Ort übernehmen und sich hier in Mainz zu einer zukunftsfähigen kohlefreien Energieversorgung bekennen.“, so Marc Legg weiter.

„In diesem Zusammenhang erinnern wir die Mainzer Grünen daran, dass sie ihren Wahlerfolg insbesondere der Erwartung der Wähler zu verdanken haben, dass sie den Ausstieg aus dem Kohlekraftwerksprojekt forcieren und fordern diese auf, darüber nachzudenken, ob man sich hier tatsächlich den richtigen Koalitionspartner ausgesucht hat.“, so Marc Legg abschließend.

Zum Hintergrund:

Das Bündnis hatte die Mainzer SPD mit Schreiben vom 01.10.2009 eingeladen, Mitglied im Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden zu werden. Hintergrund war der sich abzeichnende Meinungsschwenk der Mainzer SPD beim Thema Kohlekraftwerk.

Hierauf hat die Mainzer SPD mit Schreiben vom 02.12.2009 reagiert und erklärt, die Mainzer SPD werde nicht dem Bündnis beitreten, da für sie „Klimaschutz und CO₂-Ausstoß kein lokales oder regionales Problem“ seien.